

Die ESTAG ist immer wieder ein Garant für Aufregung. Zuletzt wurden Beraterhonorare von 960 Euro pro Stunde bekannt, letztes Jahr sorgten Luxus-Dienstwagen für Ärger. Was kommt als nächstes?



HONORARE – JENSEITS VON GUT UND BÖSE

# ESTAG: Strompreis steigt, Be

Auf der einen Seite erhöht der steirische Stromriese ESTAG den Strompreis, auf der anderen Seite zahlt man 960 Euro Stunden an einen juristischen Berater.

## TEURER RAT

Die ESTAG lässt sich nicht lumpen, wenn es um großzügige Honorare für Berater geht. Neben Waldemar Jud haben derzeit SPÖ-Anwalt Gabriel Lansky und die Gruppe ABN/Amro/Raiffeisen Berateraufträge im Wert von 3,9 Millionen Euro kassiert. Und das, obwohl der Rechnungshof bei der letzten ESTAG-Prüfung empfahl, „im Hinblick auf genügend Fachkompetenz im Konzern die Höhe der Berateraufwendungen zu reduzieren“.

Nicht nur jede Verkäuferin im Supermarkt muss angesichts der Honorare, welche die ESTAG ihren Beratern zahlt, die pure Wut packen. 960 Euro die Stunde stellte Waldemar Jud für juristische Beratungen pro Stunde in Rechnung – dafür müssen viele einen Monat lang oder länger arbeiten.

Wenn der steirische Energieriese ESTAG für Schlagzeilen sorgt, sind sie kaum positiv. Eben erst eröffnete man den Kunden, dass der Strom um sechs Prozent teurer wird. „Durch interne Kosteneinsparungen ist es uns gelungen, die steigenden Energiekosten 2006 auszugleichen. Im Jahr 2007 müssen wir jedoch eine Preisanpas-

sung vornehmen“, schrieb die ESTAG ihren Kunden.

Wie die internen Kosteneinsparungen wirklich ausschauen, offenbarte die Kleine Zeitung im Jänner: Der Grazer Universitätsprofessor Waldemar Jud bot der ESTAG seine Dienste als juristischer Berater an – um 960 Euro pro Stunde. Er wollte dem Stromriesen beim Teilverkauf der Landesanteile zur Seite stehen. Das Land hält ja noch 75 Prozent – 25 Prozent gehören dem französischen Energiekonzern EDF – will sich aber von weiteren 25 Prozent trennen.

Jud bediente sich dabei seiner Seilschaften zu Ex-SPÖ-Chef und Ex-Landeshauptmannstellvertreter

Peter Schachner-Blazizek, der im ESTAG-Aufsichtsrat sitzt. Diesem bot der Jurist seine Hilfe an. Und Aufsichtsrat Schachner-Blazizek ließ seinen Uni-Kollegen nicht hängen und reichte dessen Anbot wohlwollend an die entscheidenden ESTAG-Gremien weiter. Jud bekam einen Beratervertrag mit 15.000 Euro pro Monat. „Ein Schlag ins Gesicht der Stromkunden“, so KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg.

Was er dafür gemacht hat, ist laut Kleine Zeitung nicht klar. Für die KPÖ ist das Beraterwesen, das sich im Fall der ESTAG auf einen Höhepunkt hinbewegt, ein Skandal. 30 Millionen Eu-